

CLAUS-C. WIEGANDT

Umwelt und Regionalentwicklung in den neuen Ländern

Kurzfassung

Ziel dieses Beitrags ist es, die engen Verflechtungen von Umweltbedingungen und Regionalentwicklung in den neuen Ländern herauszuarbeiten. Auf der einen Seite droht die schlechte Umweltsituation zu einer Restriktion der Entwicklung in den neuen Ländern zu werden, auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß eine zu schnelle, rein ökonomisch ausgerichtete Regionalentwicklung soziale und

ökologische Belange nicht ausreichend berücksichtigt und die Umweltbedingungen langfristig negativ beeinträchtigt. Zu einem besseren Verständnis dieser Prozesse werden deshalb im ersten Abschnitt knapp die derzeitige Umweltsituation sowie im zweiten Teil einige Aspekte zur Regionalentwicklung in den neuen Ländern skizziert. Anschließend werden im dritten Teil einige Gedanken zum Einfluß der

Umweltsituation auf eine mögliche Regionalentwicklung vorgestellt, um dann im vierten Teil umgekehrt die Konsequenzen der Regionalentwicklung für die Umweltsituation zu hinterfragen. Ein kurzes Fazit soll am Ende des Beitrags stehen.

1. *Umweltsituation in den neuen Ländern*

Die Umweltsituation in den neuen Ländern ist in einigen Teilräumen katastrophal (1). In einer ersten Bestandsaufnahme nach der Wende wurden erhebliche Luft-, Wasser- und Bodenbelastungen im Gebiet der ehemaligen DDR festgestellt (2). Im Raumordnungsbericht 1991 hat die Bundesregierung diese Umweltbelastungen weiter räumlich differenziert (3). Daran anknüpfend soll die Umweltsituation im folgenden kurz nicht "klassisch medial", sondern an räumlichen Typen orientiert vorgestellt werden.

1.1 *Drei räumliche Belastungstypen*

Idealtypisch gibt es großräumig drei Belastungstypen – die Verdichtungsräume vor allem im Süden der ehemaligen DDR, die verschiedenen Bergbauggebiete und die stärker landwirtschaftlich geprägten Teile der ehemaligen DDR – sowie den Sonderfall Berlin.

In den Verdichtungsräumen überlagern sich die Belastungen von Boden, Wasser und Luft in besonderem Maße. Dramatisch ist die Situation in der Region Leipzig, Halle, Bitterfeld, dem größten Verdichtungsraum in den neuen Ländern außerhalb Berlins (4). Hier wurde fast die Hälfte der Gesamtproduktion der chemischen Industrie erwirtschaftet, hier werden trotz der Halbierung der Braunkohleförderung in den beiden letzten Jahren auf ca. 50 Mio. t in 1991 auch heute noch erhebliche Mengen an Braunkohle gefördert und verarbeitet. Die Aktivitäten zur Bestandsaufnahme der Umweltsituation in den neuen Ländern konzentrierten sich deshalb auch besonders auf diesen Raum. Eine umfassende Umweltstudie speziell für diesen Raum wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU) in kürzester Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung erstellt. Die Region zählt deshalb heute zu den Räumen, deren Umweltsituation am besten und intensivsten aufbereitet ist. Ebenfalls erheblich belastet sind die großen Verdichtungsräume Dresden und Chemnitz/Zwickau im Süden der ehemaligen DDR.

Besonders dramatisch wird die Umweltsituation der Bergbauggebiete dargestellt. Unzureichend kultivierte Flächen und erhebliche Rückstände aus der Weiterverarbeitung der Rohstoffe lassen ein Gebrauchtland zurück, dessen Wiedernutzung eingeschränkt ist. Zum ersten ist es die Niederlausitz, in der der Braunkohle-Tagebau, die Braunkohlekraftwerke und die Braunkohleveredelungsbetriebe zu den höchsten Staub-, SO₂ und NO_x-Emissionen geführt haben und in der durch den Tagebau zudem die wasserwirtschaftliche Situation gestört ist (5). Für dieses Gebiet wird eine spezielle Studie des BMU Anfang 1993 abgeschlossen. Zum zweiten ist der Großraum Mansfeld mit seiner Schwermetallgewinnung und -verhüttung problematisch.

Auch hier gibt es eine Bestandsaufnahme in Form einer Großraumstudie (6). Der dritte große Teilraum sind die ehemaligen Uranbergbauggebiete der Wismut im östlichen Thüringen und südwestlichen Sachsen (7). Zunächst wurden verseuchte Flächen in Form von Bergbaubetrieben mit ihren Halden, Gruben aus dem früheren Tagebau und Absetzanlagen für die Rückstände aus der Uranaufbereitung auf 1 500 km² vermutet. Ende 1992 wird davon ausgegangen, daß diese Flächen 240 km² umfassen (8). Erste vorsichtige Schätzungen gehen von über 10 Mrd. DM zur Sanierung dieser speziellen Altlasten aus (9).

Belastet sind außerdem Räume mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Durch den Eintrag von Nitraten und Pestiziden in den Boden kommt es zu Grundwassergefährdungen, durch die großflächige landwirtschaftliche Nutzung fehlen in einer teilweise ausgeräumten Landschaft typische Biotopstrukturen (10).

Eine Sonderstellung unter den Verdichtungsräumen in der ehemaligen DDR hat Berlin (11). Bereits heute leben in dieser Region über vier Mio. Menschen. Allein die Größe Berlins führt zu einer Konzentration von Belastungsverursachern. Dem hoch verdichteten Kernbereich steht ein heute noch dünn besiedeltes, stark ländlich geprägtes Umland gegenüber. Noch beschränken sich Belastungen im Umland auf die Folgen der Ver- und Entsorgung des Zentrums. Der gesamten Region wird aber ein hohes Wachstum prognostiziert. Die Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes, die angestrebten Olympischen Spiele, die Entscheidungen in privatwirtschaftlichen Unternehmen, in Berlin Fuß zu fassen, werden zu einem Nutzungsdruck in der Region führen. Erhebliche Anforderungen sind an die Planung zu stellen, diese Entwicklungen umweltschonend zu bewältigen.

1.2 *Naturnahe Bereiche im ländlich-peripheren Raum*

Diesen zum Teil großflächigen Belastungen stehen auch weniger belastete naturnahe Räume gegenüber. Nicht alle Landschaften in den neuen Ländern wurden in den letzten Jahren intensiv durch Landwirtschaft, Bergbau, Gewerbe oder Industrie genutzt. Es gibt ebenso ökologisch noch weitgehend intakte Landschaftsräume (12). In einem Naturschutzprogramm hatte die letzte DDR-Regierung im September 1990 noch fünf Nationalparke, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparke ausgewiesen. Diese Schutzkategorien wirken durch den Einigungsvertrag auch heute. Darüber hinaus gibt es im Bereich der ehemaligen Grenze, im Bereich einiger Truppenübungsplätze sowie im Bereich der ehemaligen Staatsjagdgebiete ökologisch intakte Räume. Schließlich bieten große Teile von Mecklenburg und Nordbrandenburg, dem Harz und dem Thüringer Wald dünn besiedelte Bereiche mit landschaftlichen Potentialen.

Zusammenfassend läßt sich für die Umweltsituation in den neuen Ländern festhalten, daß es regional unterschiedliche "Startbedingungen" für eine räumliche Entwicklung gibt. Zum einen gibt es große Bereiche, in denen erhebliche Umweltbelastungen zu überwinden sind, zum anderen gibt

es aber auch große, relativ dünn besiedelte Räume, in denen die Umweltbedingungen bis auf Schäden durch die Landwirtschaft günstige Voraussetzungen für eine Regionalentwicklung bieten.

2. Wirtschaftliche Entwicklung problematisch

Die Regionalentwicklung in den neuen Ländern ist derzeit in starkem Maße von zwei miteinander verbundenen Prozessen abhängig: einerseits der Privatisierung und dem Neuaufbau einzelner Betriebe, andererseits dem Niedergang ehemaliger Betriebe und Produktionsstätten. Dieser Umstellungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft ist mit erheblichen sozialen Härten verbunden und verläuft derzeit regional ungleichgewichtig. Stabile regionale Muster haben sich noch nicht herausgebildet, Prognosen erweisen sich als schwierig (13). Täglich werden neue Entscheidungen über Stilllegungen und Entlassungen getroffen, die sich noch nicht regionalisieren lassen. Die folgenden Aussagen sind deshalb nur "Momentaufnahmen" zur Regionalentwicklung in Ostdeutschland.

2.1 Erhebliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt

Deutlich wird die rasche Veränderung bei einem Vergleich der Arbeitslosenquoten zu vier Zeitschnitten aus den beiden letzten Jahren (vgl. Karte 1). Insgesamt steigt die Arbeitslosenquote kontinuierlich. Im Mai 1991 lag sie bei 9,5 %, im Mai 1992 bei 14,1 % im Durchschnitt, einem Wert, der in den alten Ländern nur in wenigen Regionen erreicht wird. Tendenziell gibt es im Norden eine höhere Arbeitslosenquote, im Süden werden jedoch absolut aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte höhere Werte erreicht. Ein Vergleich der vier Einzelkarten zeigt, wie einzelne Regionen im Laufe der Zeit hinzukommen und sich insgesamt langsam flächendeckend eine hohe Quote einstellt. Im September 1991 stehen einer Vielzahl von erheblich betroffenen Regionen inselartig noch einige relativ positive Räume gegenüber. Ob diese Räume die relativ bessere Stellung behalten können, kann heute noch nicht gesagt werden. Es ist auch nicht zu klären, ob der noch nicht abgeschlossene Stilllegungsprozeß mit den damit verbundenen Entlassungen, eventuell greifende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder bereits Verkaufs- bzw. Ansiedlungserfolge für diese Entwicklungen verantwortlich sind. Am 1.10.1991, also kurz nach Erhebung der letzten dargestellten Arbeitslosenquote, beschäftigte die Treuhand noch ca. 2 Mio. Arbeitnehmer in ca. 8 000 Firmen (14), deren Zukunft ungewiß ist.

Die sozialen und wirtschaftsstrukturellen Folgen des Niedergangs der ehemaligen Betriebe und Produktionsstätten werden noch deutlicher in der sog. "Betroffenenquote" (15). Erfasst werden damit nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch Kurzarbeiter, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigte sowie in Fortbildung oder Umschulung Tätige. Im Durchschnitt war dies im Januar 1992 ein Drittel der Erwerbstätigen. Damit verbunden sind tiefgehende und weitreichende Veränderungen im Arbeitsleben. Erheblicher "sozialer Zündstoff" steckt in dieser Situation und führt zu

einem großen politischen Druck, Arbeitsplätze zu schaffen. Besonders betroffen sind heute bereits ländliche, eher landwirtschaftlich ausgerichtete Regionen und Regionen mit der Dominanz eines einzelnen Wirtschaftszweiges. Hier wirkt die großbetriebliche Monostruktur der ehemaligen DDR negativ nach. Sektorale Strukturprobleme schlagen wegen der fehlenden industriellen Mischung direkt regional durch. In den größeren Städten und ihrem Umland ist die Betroffenheit derzeit noch nicht so groß.

2.2 Noch immer Tendenz zur Abwanderung

In der Betroffenenquote sind Personen, die abwandern, Fernpendler sowie Personen, die in den Vorruhestand gehen oder von Altersregelungen betroffen sind, noch nicht einmal berücksichtigt. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind also noch größer als es bereits die Betroffenenquote von einem Drittel der Erwerbstätigen zeigt. Seit der Wende sind ca. eine Mio. Menschen von Ost- nach Westdeutschland gezogen (16) (vgl. auch die Karte 2). Die Abwanderung ist zudem selektiv. 86 % der Abwanderer sind jünger als 40 Jahre, vielfach sind es zudem qualifizierte Arbeitnehmer, die im Westen neue Arbeitsplätze finden. Beklagt wird deshalb in den neuen Ländern auch der heute geringe Anteil der Beschäftigten, die im Forschungsbereich tätig sind (17).

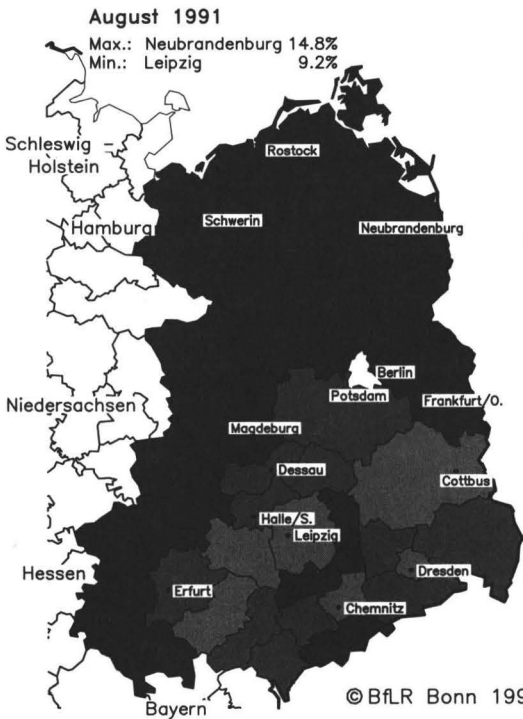
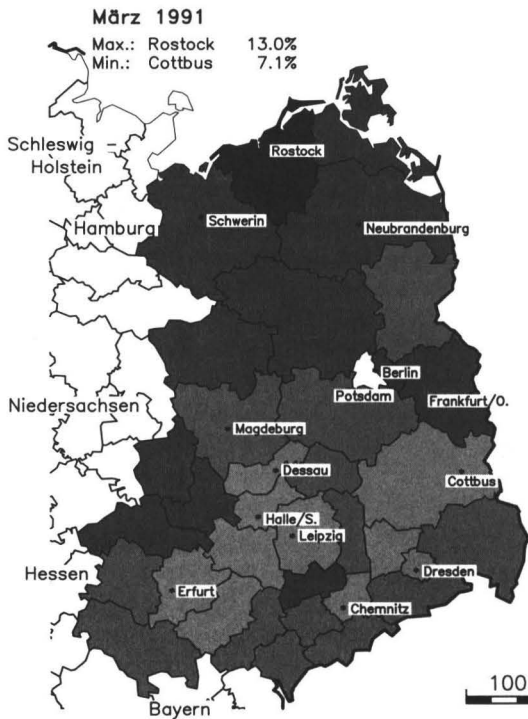
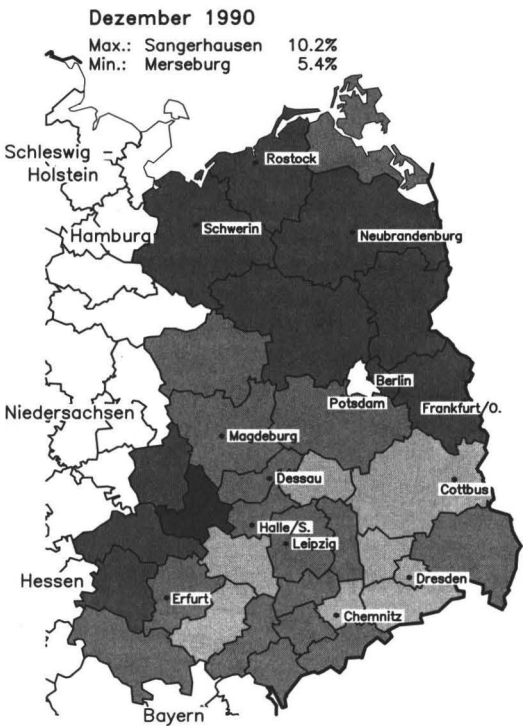
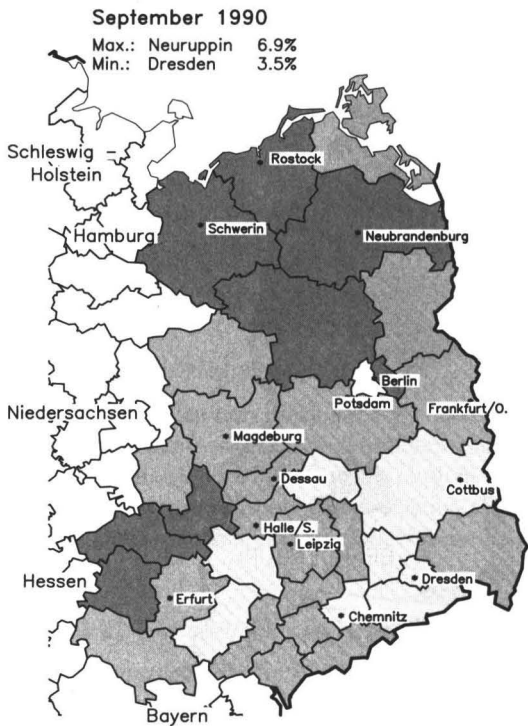
Umgekehrt ist in der westdeutschen Bevölkerung die Bereitschaft nicht groß, in die neuen Länder zu ziehen. Eine noch stärkere Unausgeglichenheit der Wanderungsbilanz wird augenblicklich nur dadurch verhindert, daß 1991 zudem etwa eine halbe Mio. Bewohner der ehemaligen DDR als Fernpendler in den alten Ländern arbeiteten (18).

2.3 Privatisierung schafft nicht ausreichend Arbeitsplätze

Im September 1991 gab es ca. 2 000 Firmen, in denen die Privatisierung vollständig abgeschlossen war. In diesen Betrieben waren 355 000 Personen beschäftigt. Wie Umfragen zeigen, handelt es sich dabei aber keineswegs um sichere Arbeitsplätze (19). Bis Ende 1991 sind in diesen Ex-Treuhandfirmen 100 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Dies ist zunächst überraschend, weil anzunehmen ist, daß es sich bei den bereits früh privatisierten Betrieben um Firmen mit guten Überlebenschancen handelt. Doch führt die höhere Intensität im Arbeitsprozeß und eine rationellere Betriebsorganisation zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen auch in diesen Betrieben.

Zusammenfassend ist noch einmal festzuhalten, daß gesicherte Aussagen über eine zukünftige Regionalentwicklung derzeit schwierig sind. Ende 1992 zeichnet es sich ab, daß eine allgemeine Konjunkturbelebung der ostdeutschen Wirtschaft nicht absehbar ist. Einige wenige hochproduktive Neuinvestitionen sind zwar zu erkennen. Der Raum Eisenach (Opel-Werk) oder der Raum Zwickau (Bau eines Volkswagenwerkes) sind die bekanntesten Beispiele für derartige "Industrieinseln". Doch können diese neuen Unternehmensansätze schon in diesen Räumen selbst und erst recht nicht im Bereich des gesamten Gebietes der neuen Länder den Niedergang des alten industriellen Kerns kompensieren.

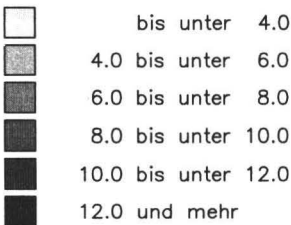
Karte 1
Arbeitslosenquote in den neuen Ländern



100 km

© BfLR Bonn 1992

Arbeitslosenquote in v.H.



Quellen:
Laufende Raumbeobachtung
der BfLR
IAB werkstattbericht
Nr. 4.1/1991

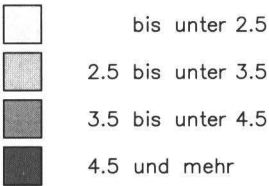
* Daten zu Berlin
nur Berlin (Ost)

Bundesgrenze
 Arbeitsamts-
bezirksgrenze

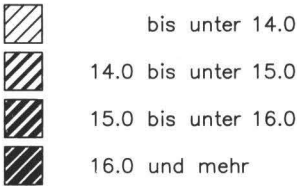
Karte 2
Fortzüge aus den neuen Ländern in die alten Länder*



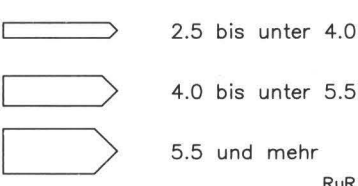
Wanderungsgewinne 1991 in Personen je 1000 Einwohner 1989 durch Zuzüge aus den neuen Ländern



Wanderungsverluste 1991 in Personen je 1000 Einwohner 1989 durch Fortzüge in die alten Länder



Hauptwanderungsströme der neuen in die alten Länder in v.H. des Abwanderungsvolumens aus den neuen Ländern 1991 (>= 2.5 v.H.)



Weiterhin werden Verdichtungsräumen wie beispielsweise Leipzig oder Dresden positive Entwicklungen prognostiziert (20), doch bleiben nähere Angaben über einen Zeitpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung eher spekulativ. Den "Industrieinseln" sowie den größeren Verdichtungsräumen mit Ansätzen einer positiven Regionalentwicklung stehen regional große Bereiche gegenüber, die bereits heute benachteiligt sind und in denen der Druck schnell zunehmen wird, Ersatzarbeitsplätze für die aus den Treuhandbetrieben ausscheidenden Arbeitskräfte zu schaffen.

3. Einfluß der Umweltsituation auf Regionalentwicklung

Im dritten Teil sollen nun Einflüsse der Umweltsituation auf eine Regionalentwicklung in den neuen Ländern beschrieben werden. Allgemein hat sich die ökologische Frage zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema entwickelt. Umfrageergebnisse zeigen, daß dies auch für die ehemalige DDR gilt (21).

3.1 Umwelt als Standortfaktor für Arbeitnehmer

Die Standortgunst für die Ansiedlung oder den Erhalt von Gewerbe, Industrie und Dienstleistungseinrichtungen als auch die individuelle Zufriedenheit mit den räumlichen Lebensbedingungen sind heute von einer Vielzahl von Faktoren abhängig: Nicht nur "traditionelle" Faktoren wie die großräumige Lage, das Flächenpotential, die Infrastrukturausstattung, der regionale Arbeitsmarkt oder die Verdienstmöglichkeiten, sondern ebenso gesunde Umweltbedingungen, eine attraktive Umgebung, Freizeitmöglichkeiten und ein ansprechendes kulturelles und soziales Umfeld bestimmen die Attraktivität von Regionen und sind ausschlaggebend für Standortentscheidungen sowohl von Unternehmen als auch ihren Mitarbeitern. Ein gutes Image, ein "positives Raumbild" (22), nimmt im Wettbewerb der Städte und Regionen im gesamten Deutschland um wirtschaftliche Potentiale an Bedeutung zu. Dabei spielt nicht allein die "objektive" Belastung und Zerstörung eine Rolle, entscheidend ist ebenso die Wahrnehmung und Bewertung von Bedrohungen und Zerstörungen.

Objektiv schlechte Umweltbedingungen wie ein negatives Umweltimage können einerseits den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte verhindern, andererseits können schlechte Umweltbedingungen aber auch zu einem Grund für einen Fortzug aus einer belasteten Region werden, damit den Arbeitsmarkt negativ beeinflussen und regionale Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen. Gerade bei qualifizierten Arbeitnehmern, die einen gewissen Wohlstand und Besitz erreicht haben, werden ökologische Zerstörungen ungern in Kauf genommen und verhindern eine Umzugsentscheidung für die neuen Länder.

Wie Umfragen zeigen, waren Abwanderungen aus den neuen in die alten Länder in der Zeit der Wende auch in den schlechten allgemeinen Umweltbedingungen begründet. Heute liegen die Gründe für das weitere Abwandern oder Fernpendeln aus den neuen Ländern eher im Fortfall der

Arbeitsplätze. Für eine Umkehr der Wanderungsströme, also für den Zuzug oder auch Rückzug aus dem Westen in den Osten, kommt der Verbesserung der Umweltqualität dennoch ein hoher Stellenwert zu.

3.2 Altlasten als Restriktion für Unternehmen

Allgemein besteht die Befürchtung, daß die teilweise dramatische Umweltsituation eine Unternehmensentwicklung in den neuen Ländern behindern könnte. Schlechte Umweltbedingungen können die weitere Privatisierung von Unternehmen beeinträchtigen. Durch Produktionseinstellungen haben sich Wasser- und Luftqualität teilweise aber bereits verbessert (23). Es bleiben jedoch die langfristig zu beseitigenden Beeinträchtigungen und Schädigungen des Naturhaushaltes, insbesondere des Bodens. Bodenverunreinigungen, also die ökologischen Altlasten, werden neben den ungeklärten Eigentumsverhältnissen, der noch nicht voll leistungsfähigen Verwaltung, den teilweise fehlenden Qualifikationen der Arbeitnehmer und der unzureichenden Infrastruktur als wesentlicher wachstumshemmender Engpaß genannt (24).

Die Kosten für die Sanierung der Altlasten sind hoch, aber derzeit kaum genau zu quantifizieren. Zwischen 36 und 270 Mrd. DM schätzt der Arbeitskreis "Umweltschutz" der Wirtschaftsministerkonferenz, zwischen "nur" 10 und 15 Mrd. DM vermutet die Treuhandanstalt (25). Damit diese Kosten – wie hoch sie auch immer sein mögen – potentielle Investoren nicht abschrecken, gibt es seit Mitte 1990 die sog. Freistellungsklausel, die im Einigungsvertrag und im Investitionshemmnisbeseitigungsgesetz zeitlich und inhaltlich erweitert wurde (26).

Eventuelle finanzielle Belastungen für ansiedlungswillige Investoren sollen durch die Freistellungsklausel so gering wie möglich gehalten werden. Vereinfacht besagt die Freistellungsklausel: Eigentümer, Besitzer oder Erwerber von Anlagen und Grundstücken, auf denen Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich geschaffen werden sollen, können auf Antrag von den Kosten für die Sanierung von Bodenverunreinigungen, die in Zeiten der DDR verursacht wurden, freigestellt werden.

Bis Ende März 1992 sind Tausende solcher Anträge bei den fünf Landesumweltministerien gestellt worden (27). Die zuständigen Landesbehörden sollten nach Abwägung Freistellungen erteilen. Dazu kommt es in den allermeisten Fällen aber nicht. Freistellungen sind bisher nur in einzelnen Fällen erfolgt. Die Länder haben nicht das Geld, die Verantwortung für die Sanierung der Altlasten zu übernehmen. Schon im Oktober 1991 nannte Umweltminister Rauls für Sachsen-Anhalt ein Finanzvolumen von 600 Mio. DM, das zur Übernahme aller bis dahin eingegangenen Freistellungsanträge notwendig sei. Die Länder haben dieses Geld nicht. Das Instrument der Freistellung greift deshalb Ende 1992 nicht. Im Oktober 1992 ist allerdings nach langen Verhandlungen zwischen dem Bund und den neuen Ländern vereinbart worden, daß 40 % der Kosten von den ostdeutschen Ländern, 60 % von der Treuhandanstalt übernommen werden sollen (28). Damit verbunden ist die Hoffnung, daß

die Freistellungsanträge jetzt von den Ländern zügig bearbeitet werden und das Investitionshemmnis der Altlasten beseitigt worden ist. Allerdings bleibt weiterhin unklar, wie der Länderanteil zu finanzieren ist.

Bisher hat die Treuhandanstalt in fast 3 000 Kaufverträgen individuell Regelungen zur Übernahme des Haftungsrisikos für Altlasten übernommen. Die Treuhand hat sich verpflichtet, je nach Möglichkeiten des Investors, aber auch entsprechend der Nachfrage an dem jeweiligen Unternehmen 50 bis 90 % der Sanierungskosten zu übernehmen (29). Nach welchen Kriterien sich der Treuhandanteil bestimmt, wird aber öffentlich nicht diskutiert. Regionale Aspekte spielen dabei aber eine erhebliche Rolle (30). Auf diese Weise wurde das Investitionshemmnis Altlasten bei der Privatisierung der Unternehmen in den neuen Ländern zunächst einmal aus dem Weg geräumt. Wie der Bund aber in Zukunft das erforderliche Geld zur Übernahme der Altlastensanierungen bereitstellen wird, wird bei den hohen Kosten auch in anderen Bereichen – der Entschädigung der Alteigentümer oder dem Schuldendienst in der Wohnungswirtschaft – schwierig.

Es ist anzunehmen, daß das Problem der Altlasten für die Treuhand in Zukunft schwieriger wird. Denn: zum einen haben sich bisher die Investoren aktiv um die besten Betriebe in den neuen Ländern bemüht und waren deshalb auch bereit, selbst einen Teil der Kosten für die Sanierung von Altlasten zu übernehmen. Bei in Zukunft voraussichtlich nachlassender Nachfrage von Investoren wird diese Bereitschaft aber abnehmen. Zum anderen verbleiben durch die Aufspaltung der Unternehmen in Betriebs- und Abwicklungsgesellschaften für eine Privatisierung die verlustbringenden Abwicklungsgesellschaften bei der Treuhand, während die gewinnbringenden Betriebsgesellschaften verkauft werden. Gelöst wird das Problem der Altlasten damit aber nicht.

Hoffnungen werden in das geplante Abfallabgabengesetz des Bundes gesetzt, durch das geschätzt jährlich 2 Mrd. Finanzmittel für die Sanierung von Altlasten in den neuen Ländern bereitgestellt werden sollen (31). Verfassungsrechtliche Bedenken einerseits und Bedenken der Industrie andererseits lassen es aber fraglich erscheinen, ob die über diese Abgabe aufzubringenden Finanzmittel rechtzeitig in die neuen Länder fließen werden.

3.3 Umweltqualität als Chance?

Die landschaftlich noch intakten Räume, wie beispielsweise Teile der Mecklenburger Seenplatte, bieten mittelfristig Chancen einer regionalen Entwicklung (32). Diese Räume bieten ein Naturpotential, das auf der einen Seite geschützt, auf der anderen Seite aber auch behutsam in Teilen für einen Tourismus wirtschaftlich zu entwickeln ist.

Allerdings unterliegen diese Flächen einem erheblichen Nutzungsdruck. Wirtschaftliche Interessen, die mit einer ökologischen Ausrichtung nicht vereinbar sind, können vorhandene natürliche Ressourcen beeinträchtigen. Das bekannteste Beispiel ist die bis zum Juni 1992 heftig geführte Diskussion um die emsländische Meyer-Werft, die

auf der Insel Rügen in einem 200 Mio.-Mark-Projekt eine 60 ha große inselartige Aufschüttung vor der Steilküste bei Mukran plante (33). Dieses Projekt, das im Widerspruch zu Konzepten eines "sanften Tourismus" stand, ist inzwischen aufgegeben worden. Die Gründe liegen jedoch eher in überregionalen Wettbewerbsgründen als in der Einsicht einer Unverträglichkeit mit Konzepten einer umweltschonenden Regionalentwicklung.

Zahlreiche andere Beispiele für die Schwierigkeiten, eine regionale Entwicklung mit einem umweltschonenden Vorgehen zu verbinden, lassen sich finden. So zum Beispiel das Biosphärenreservat Schorfheide 50 Kilometer nördlich von Berlin, wo es zahlreiche Anfragen zur Bewirtschaftung der Flächen gibt und die Treuhandanstalt einzelne Grundstücke zum Verkauf anbietet (34), oder der Nationalpark Sächsische Schweiz, wo sich widersprechende Entwicklungskonzeptionen bestehen (35): zum einen ein Entwicklungskonzept eines westdeutschen Marketingbüros, das Gewerbeansiedlungen, Verbesserungen der Verkehrswege, der Infrastruktur und der Tourismusentwicklung vorsieht, zum anderen die Idee von Natur- und Umweltschützern, die bestehende Siedlungsstruktur zu bewahren und eine behutsame Tourismusentwicklung innerhalb der bestehenden Strukturen anzustreben.

Die Projekte deuten auf die Schwierigkeiten, zwischen der Lösung der wirtschaftlichen Notsituation auf der einen Seite und der Erhaltung ökologisch wertvoller Bereiche auf der anderen Seite zu vermitteln. Befürchtet wird eine Polarisierung: "Was früher der Klassenfeind war, ist heute der Naturschützer" (36), heißt es bereits in den neuen Ländern. Der Umweltschutz könnte zum Hinderungsgrund für Investitionen werden. Andererseits können eventuelle Investitionen die Möglichkeiten beeinträchtigen, durch Fremdenverkehr in landschaftlich begünstigten Regionen zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung beizutragen. Fraglich ist aber wiederum auch, ob Nutzungsmöglichkeiten im Bereich des Tourismus und der Naherholung ausreichende Kompensationsmöglichkeiten für die Aufgabe der zahlreichen landwirtschaftlichen Arbeitsplätze bieten können.

4. Einfluß der Regionalentwicklung auf die Umweltsituation

Bei einer Beschäftigung mit den Wirkungen der derzeitigen Entwicklungen in den neuen Ländern auf die Umweltsituation kann generell zwischen positiven und eher negativen Umweltwirkungen unterschieden werden.

4.1 Umweltentlastungen

Zunächst zu den positiven Einflüssen: Wie oben bereits festgestellt, wird die Regionalentwicklung in Teilbereichen durch die Stilllegung oder Reduzierung von Produktion bestimmt (37). Dies führt auf der einen Seite zu den angesprochenen erheblichen Einschnitten und Belastungen bei den Beschäftigten, führt auf der anderen Seite aber auch zu Verbesserungen der Luft- und Wasserqualität. Schwefeldioxid-Emissionen konnten seit 1989 um 10,5 %, Staub-

emissionen um 13,5 % gesenkt werden. In Teilräumen wie Bitterfeld und Wolfen mit einer hohen Ausgangsbelastung und umfangreichen Produktionseinstellungen wurden Schwefeldioxid- und Staubbelastrungen sogar um 20 bis 35 % reduziert. Zum ganz überwiegenden Teil sind diese Verbesserungen auf Produktionsstillegungen und -reduzierungen zurückzuführen, nur zu einem geringen Teil (2 %) auf technische Umweltschutzmaßnahmen. Sie werden so quasi mit Arbeitslosigkeit "erkauft". Verbesserungen der Umweltsituation hat es auf diese Weise auch beim Oberflächenwasser gegeben. Die Schadstoffeinträge in die Gewässer verringerte sich seit 1989 im Einzugsgebiet der Elbe beispielsweise bei den organischen Stoffen um 19 %, bei Quecksilber um 4 % (38). Weiterhin sind Verbesserungen der Umweltsituation durch die Schaffung der geplanten und in Bau befindlichen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur zu erwarten. Insbesondere der Bau von Kläranlagen wird die Wasserqualität anheben. Finanzmittel zum Aufbau der Infrastruktur werden dazu beitragen, aktuelle Umwelteinwirkungen zu reduzieren, und dadurch die Umweltsituation verbessern.

4.2 Neue Umweltbeeinträchtigungen

Auf der anderen Seite führt die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern aber auch zu neuen, zusätzlichen Umweltbelastungen. Ganz offensichtlich ist dies im Bereich des gestiegenen motorisierten Verkehrs. Die Folge ist hier eine Zunahme an Stickoxidimmissionen (39).

Ausführlicher sollen die Umweltfolgen einer regionalwirtschaftlichen Entwicklung im weiteren aber für einige Tendenzen der Flächennutzung in den neuen Ländern dargestellt werden, weil hier Strukturen gelegt werden, die über Jahre hinweg wirksam sein werden und deren Beeinflussung im Sinne eines vorbeugenden Umweltschutzes jetzt vielleicht noch möglich ist.

Ausgangssituation in der ehemaligen DDR war die "inselartige" Einbettung der Verdichtungsgebiete in die umgebende Landschaft (40) (vgl. auch Karte 3). In der Regel bestand ein klarer Übergang von dichtbesiedeltem Raum zu freier Landschaft. Aufgrund der im Norden geringeren Bevölkerungsdichte, der insgesamt kompakteren Bauweise in den Neubaugebieten und dem geringen Straßenausbau ist der Freiflächenanteil größer als in den alten Ländern (41). Eine Umlandzersiedelung fehlte, auch wenn dies mit den stark verdichteten Großsiedlungen verbunden ist, in denen etwa 20 % der Bevölkerung in den neuen Ländern leben – im Vergleich dazu in den alten Ländern weniger als 3 % (42).

Derzeit entsteht eine zusätzliche Flächennachfrage im Handelsbereich, in den Bereichen Gewerbe und Industrie, Wohnen, Freizeit und Verkehr. Eng geschnittene Gemeindegrenzen führen dazu, daß die Flächennachfrage in den noch selbständigen, meist sehr kleinen Umlandgemeinden wirksam wird (43). Großvorhaben mit gemeindegrenzenüberschreitenden Wirkungen verändern das räumliche Nutzungsgefüge mit oft negativen Wirkungen für die Umweltsituation. Vereinfacht wird die Ansiedlung solcher Vorhaben durch die noch vorhandene Zersplitterung von

Entscheidungsfunktionen auf oft sehr kleine Gemeinden. Eine Regionalplanung, die überörtliche Interessen vertritt, ist noch im Aufbau (44). Dringend erforderlich sind Veränderungen in der kommunalen Gebietskulisse, sei es in Form von Eingemeindungen, in Form von Stadt-Umland-Verbänden oder anderen Formen einer interkommunalen Zusammenarbeit (45). Dies wäre erste Voraussetzung, die verschiedenen Flächenansprüche möglichst umweltgerecht zu realisieren. Allerdings wird die Gebietsreform in einer "ungünstigen" Zeit diskutiert. Die kommunale Selbstverwaltung hat sich gerade gebildet, da soll sie in Teilen auch schon wieder aufgelöst werden.

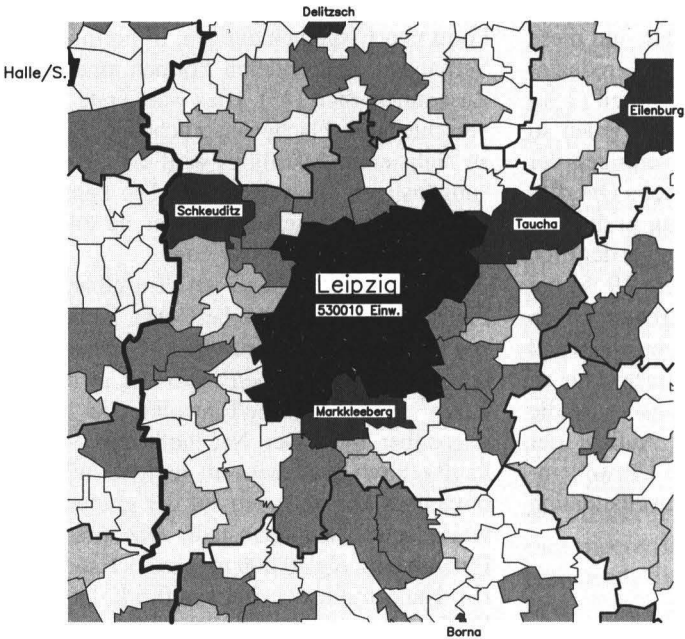
Die Flächennachfrage im Einzelhandel und auch im Freizeitbereich ist mit erheblichen Zentralisierungstendenzen verbunden. Im Einzelhandel standen durchschnittlich 0,3 m² Einkaufsfläche/Einwohner in den neuen Ländern 1,0 m² Einkaufsfläche/Einwohner in den alten Ländern gegenüber (46). Der Nachholbedarf wird deutlich. Einkaufszentren entstehen, oft regional nicht abgestimmt, in immensen Dimensionen auf der grünen Wiese. Beispielsweise soll Eisenhüttenstadt, eine Stadt von ca. 55 000 Einwohnern, ein 40 000 m² großes Einkaufszentrum erhalten. Nahezu die gesamte Kaufkraft der Stadt könnte nach Fertigstellung in dieses Einkaufszentrum fließen. Allgemein zeichnet sich eine Fehlentwicklung ab, in deren Folge zum einen die Innenstädte veröden und zum anderen die Verkehrsbelastungen zunehmen werden (47). Nach Erfahrungen in den alten Ländern erfolgt der Einkauf in den Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese zu 90 % motorisiert, während es in den Innenstädten nur 40 bis 50 % und in den Wohngebieten noch weniger sind. Für die Umweltsituation bedeutet dies zusätzliche Emissionen.

Auch im Freizeitbereich sind solche Zentralisierungstendenzen festzustellen. Allein in Brandenburg sind derzeit für 55 riesige Freizeitanlagen Raumordnungsverfahren angemeldet – Golfplätze noch nicht einmal eingeschlossen (48). Es handelt sich dabei um große multifunktionale Sport-, Einkaufs- und Freizeitzentren, Amüsierparks und Feriendörfer. Wie bei den Verbrauchermärkten werden mit diesen Anlagen einerseits gewachsene Strukturen beeinträchtigt, andererseits erhebliche Verkehrsströme mit entsprechenden Umwelteinflüssen hervorgerufen.

Bei der Ansiedlung von Gewerbe und Industrie zeichnet sich ebenfalls eine erhebliche Beanspruchung des Außenbereichs ab. Große Unternehmen haben die Tendenz, das bereits angesprochene Problem der Altlasten bei Neuan siedlungen durch Nutzung des Außenbereichs zu umgehen. Anstatt alte, bereits bestehende Produktionsanlagen zu übernehmen, werden neue Standorte auf der grünen Wiese gesucht. Größere, bekannt gewordene Beispiele dafür sind die Mercedes-Benz AG mit einem neuen Montagewerk für Lastwagen in Ludwigsfelde oder die Bayer AG mit drei Projekten für 400 Mio. DM im Großraum Leuna-Bitterfeld-Merseburg (49). "Im Kleinen" läuft dieser Prozeß in zahlreichen Gemeinden. Im interkommunalen Wettbewerb weisen viele Gemeinden in ihren Flächennutzungsplänen zu große und überdimensionierte Gewerbeflächen aus.

Karte 3

Gemeindegrößenklassen im Umland von Leipzig und Dresden



—

 Landesgrenze

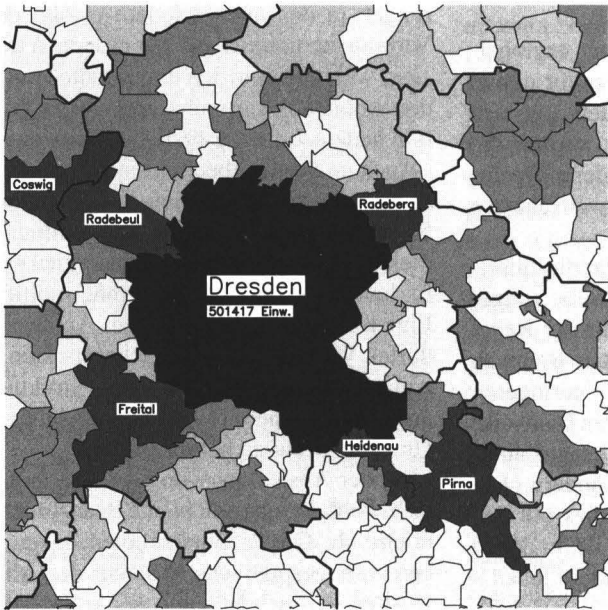
—

 Kreisgrenze

—

 Gemeindegrenze

10 km



—

 Kreisgrenze

—

 Gemeindegrenze

10 km

Gemeindegrößenklassen am 31.12.1989

	bis unter 1000 Einwohner
	1000 bis unter 2000 Einwohner
	2000 bis unter 10000 Einwohner
	10000 bis unter 50000 Einwohner
	50000 und mehr Einwohner

Quelle:
Laufende Raumb Beobachtung der BfLR

Eine weitere Beanspruchung des Außenbereichs wird in den nächsten Jahren im Bereich Wohnen zu erwarten sein. Sowohl quantitativ als auch qualitativ haben die Wohnungen in den neuen Ländern derzeit einen geringeren Standard als in den alten Ländern (50). Die meisten Wohnungen in den Neubausiedlungen der DDR sind nicht größer als 60 m². 1989 betrug die durchschnittliche Wohnfläche/Einwohner in der DDR 27 m², dem Wert der Bundesrepublik von 1968. Heute sind es in Westdeutschland 35,5 m². Noch 1990 waren im Osten Deutschlands die Hälfte der Wohnungen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Westen waren es nur 30 %. Diese überalterte Bausubstanz, die schlechte Ausstattung, der geringe Eigentumsanteil sowie die kleinen Wohnungsgrößen werden zu einem erheblichen Flächenbedarf führen. Allerdings wird sich die Suburbanisierung im Wohnungsbereich voraussichtlich nicht so schnell einstellen. Erstens steht nicht genug Kapital zum Bau von Eigenheimen bereit und zweitens sind die potentiellen Bauherren gerade die Altersgruppen, die verstärkt abwandern. Dadurch entstehen Chancen, die absehbare Flächennachfrage im Stadtumland möglichst umweltgerecht zu beeinflussen.

Zu den dargestellten Flächenansprüchen, einer vielfach noch unzureichenden Flächennutzungsplanung, den Abstimmungsproblemen zwischen den Kern- und Umlandgemeinden kommt hinzu, daß sich auch die noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse negativ auf die Umwelt auswirken.

Alteigentümer haben über 1 Mio. Anträge auf Rückgabe von Immobilien gestellt (51). Allein in Leipzig gibt es 40 000 solcher Anträge, von denen bis Mitte 1992 nur ein kleiner Teil bearbeitet wurde. Unvollständige Grundbücher und fehlende Informationen, mangelndes Fachpersonal und erhebliche Verwaltungsarbeit verzögern die eventuelle Rückgabe. Die Folge sind fehlende klare eigentumsrechtliche Positionen. Solche Grundstücke sind für eine Finanzierung problematisch und werden in der Folge nicht entwickelt, die Gebäude werden nicht saniert – dies wird vor allem wegen der Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung vielfach bedauert.

Als Folge der zahlreichen offenstehenden Rücküberweisungsanträge sind die verfügbaren Flächen für eine zukünftige bauliche Entwicklung knapp (52). Bei erheblichem wirtschaftlichen Druck werden deshalb zusätzliche Gewerbe- und Wohnungsbauflächen ausgewiesen. Eine Stadt- und Regionalentwicklung erfolgt also entsprechend der Verfügbarkeit der jeweiligen Flächen im Außenbereich, nicht aber nach einem sozialen, wirtschaftlichen und ökologisch ausgewogenem Konzept im Bestand. Es besteht die Gefahr, daß ökologische, aber auch andere städtebauliche Aspekte bei der Flächendisposition nicht ausreichend gewürdigt werden.

Eine weitere Folge der Unsicherheiten über die Eigentumsverhältnisse ist das Ausbleiben von Modernisierungen im Altbaubestand. Gerade in diesen Bereichen dienen aber Investitionen häufig auch der Verbesserung der Umweltsituation: Bessere Wärmedämmungen und Heiztechniken führen zu einem geringeren Energieverbrauch, verbesserte

Sanitäreinrichtungen zu einem geringeren Wasserverbrauch usw. (53).

5. Fazit

Die Umweltsituation ist in großen Teilen der neuen Länder noch problematisch, eine Angleichung der Situation an den westlichen Standard wird auch von Bundesumweltminister Töpfer nicht vor dem Jahr 2000 gesehen. Auf der einen Seite sind langfristig wirksame Boden- und Grundwasserverunreinigungen zu beseitigen, auf der anderen Seite sind neue Belastungen mit der Einführung des marktwirtschaftlichen Systems in Grenzen zu halten.

Gleichzeitig spitzt sich die wirtschaftliche und soziale Situation durch den Niedergang vieler ehemaliger DDR-Betriebe in den neuen Ländern dramatisch zu. Bereits heute liegen hohe Arbeitslosenzahlen vor, zusätzlich sind viele Arbeitnehmer von Veränderungen ihrer Arbeitswelt betroffen. Auch im wirtschaftlichen Bereich ist die Angleichung der Lebensverhältnisse kurzfristig nicht zu erreichen. Gemessen am Bruttosozialprodukt ist bei einem realen jährlichen Pro-Kopf-Wachstum in Westdeutschland von durchschnittlich nur 1,5 % ein Pro-Kopf-Wachstum von 16 % in Ostdeutschland erforderlich, um bis zum Jahr 2000 dieses Ziel zu erreichen. Selbst wenn man das Ziel auf das Jahr 2010 hinausschiebt, so ist immer noch ein Wachstum von 8 % erforderlich (54).

Versucht man, die ökologischen und ökonomischen Probleme gleichzeitig im Blick zu haben, so ist in den neuen Ländern ein ökologischer Umbau erforderlich. Konzepte für einen solchen ökologischen Umbau gibt es in den altindustrialisierten Gebieten Westdeutschlands. Ein Beispiel ist die Internationale Bauausstellung Emscher-Park, die in sieben thematischen Teilbereichen eine umfassende Revitalisierung der am stärksten betroffenen Region im Ruhrgebiet anstrebt (55). Die Gestalt der Region wird verbessert, eine neue Planungskultur entsteht, ein Miteinander für eine Verbesserung der Umweltsituation und die regionale Entwicklung entsteht. Solche Ansätze, die Probleme im Umweltbereich zum Ansatzpunkt einer Regionalentwicklung zu machen und in den belasteten Räumen "vor Ort" Umwelttechnologien zur Sanierung zu entwickeln und anzuwenden, könnte ein Hoffnungsschimmer für die neuen Länder sein.

Allerdings findet der ökologische Umbau im Rahmen der Internationalen Bauausstellung vor anderen Rahmenbedingungen statt: Im Ruhrgebiet stellt sich nicht die Eigentumsfrage, im Ruhrgebiet gibt es leistungsfähigere und erfahrenere Planungsverwaltungen sowie bürgerschaftliche Gruppen, die in den Prozeß des Umbaus eingebunden werden. Für die Strategie eines ökologischen Umbaus in den neuen Ländern sind diese Rahmenbedingungen erst noch zu schaffen: Die Eigentumsverhältnisse sind zu klären, die Planungsverwaltungen sind institutionell und personell zu stärken.

Problematisch sind Tendenzen im Bereich der Flächennutzung, die eine solche Strategie eines ökologischen Umbaus

bereits heute konterkarieren. Derzeit entstehen bauliche und damit persistente Strukturen vor allem im Umland der Städte, die keineswegs umweltfreundlich sind. Wenn auch flächendeckend die technischen Umweltstandards der alten Länder eingeführt sind und damit hohe umweltpolitische Anforderungen an die Genehmigung von Einzelvorhaben gestellt werden, so entstehen doch derzeit im Verantwortungsbereich der Kommunen im Umland der Städte zahlreiche Einzelvorhaben im Handels- und Gewerbebereich, die zu einer tiefgreifenden Veränderung der städtischen Strukturen führen werden.

Bei einem prognostizierten Arbeitsplatzrückgang von insgesamt ca. 3,8 Mio. (von 9,8 auf 6,0) wird es nicht leicht sein, ökologische Argumente gegen solche Investitionen einzubringen. Andererseits besteht aber das Interesse der Wirtschaft an attraktiven Räumen. Individual- und Unternehmensentscheidungen werden durch die Umweltsituation in stärkerem Maße mitbeeinflusst.

Dringend erforderlich ist es deshalb, in regionalen und Landesentwicklungskonzeptionen Zielvorstellungen verbindlich festzulegen, die verhindern, daß die vorhandenen Umweltpotentiale durch wirtschaftliche Aktivitäten zerstört werden. Gegenüber kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen sind die langfristigen Möglichkeiten einer noch intakten Umwelt einzubringen, die bei einer zunehmenden Sensibilisierung für Umweltbedingungen Chancen einer regionalen Entwicklung bieten. Nur mit einer intakten Umwelt wird es langfristig möglich sein, die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Räumen in Deutschland, aber auch dem weiteren Europa in den neuen Ländern zu erhalten.

Anmerkungen

- (1)
Vgl. Umweltbundesamt: Jahresbericht 1991. Berlin 1992, S. 44 ff; Bundesumweltministerium (Hrsg.): Umweltschutz in Deutschland. Nationalbericht der Bundesrepublik Deutschland für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Brasilien im Juni 1992. Bonn 1992, S. 123 ff; Umweltbundesamt: Daten zur Umwelt 1990/91. – Berlin 1992
- (2)
Vgl. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltpolitik. Eckwerte der ökologischen Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern. – Bonn 1990
- (3)
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Raumordnungsbericht 1991. – Bonn 1991; hier vor allem die Seiten 107–120; auch: Schmitz, S. und Wiegandt, C.-C.: Die Uneinheitlichkeit der ökologischen Lebensverhältnisse in Deutschland. In: Geographische Rundschau (1992) 3, S. 168–174
- (4)
Vgl. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Ökologisches Sanierungs- und Entwicklungskonzept Leipzig/Bitterfeld/Halle/Merseburg, Band A: Umweltbereiche; Band B: Ökonomie, Umweltrecht, Umsetzung und Vollzug. (Federführung Institut für Umweltschutz und Energietechnik TÜV Rheinland, Köln) – Köln 1991
- (5)
Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Ökologischer Sanierungs- und Entwicklungsplan in Niederlausitz – Vorstudie – . Bearbeitung: Dornier GmbH. – Berlin 1991. = UBA-Texte 46/91; vgl. auch Hasenpflug, H. und Kowalke H.: Die industriellen Dichtgebiete Oberlausitz und Niederlausitz. In: Geographische Rundschau (1991) 10, S. 560–568
- (6)
Vgl. Arge TÜV Bayern – lub.: Zwischenbericht zum Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Umweltsanierung des Großraumes Mansfeld im Auftrag des BMU. – Eisleben 1990
- (7)
Vgl. Sanierung der Uranbergbaugebiete in Sachsen und Thüringen. In: Umwelt (1990) 11, S. 543–545; Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1990/91. – Berlin 1992, S. 627 ff.; Heinrich, R.: Zur Umweltsituation in den neuen Bundesländern und ihre Auswirkungen auf die räumliche Entwicklung. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Raumentwicklung in den alten und neuen Bundesländern. Arbeitsbeiträge zum Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1991. Bonn 1991, S. 82–86 (vor allem S. 84 f.). = Materialien zur Raumentwicklung, Heft 41; Kaul, A.: Bergbauliche Altlasten in den neuen Ländern. In: Umwelt (1991) 12, S. 529–533
- (8)
Vgl. Bundesamt für Strahlenschutz (Hrsg.): Radiologische Erfassung, Untersuchung und erste Bewertung. – Bonn 1992
- (9)
Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft: Presseerklärung vom 13. Oktober 1992
- (10)
Vgl. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltpolitik. Eckwerte . . . , a.a.O., S. 14 f. (Anm. 2)
- (11)
Nouhuys, J.; Christel, M.; Auhagen, A.; Tobias, K.: Ökologische Ressourcenplanung Berlin und Umland. – Berlin 1990. = UBA-Texte 21/90; Henckel, D.: Berlin, die Städte und das Teilen. In: Stadtbauwelt (1991) 109, S. 574–577
- (12)
Reichhoff, L.; Böhnert, B.: Das Nationalparkprogramm der ehemaligen DDR. In: Natur und Landschaft (1991) 4, S. 195–203; Ringler, A.: Die Vereinigung als Chance für den deutschen Naturschutz (Teil 1). Anmerkungen zum 3. Oktober 1990 aus westdeutscher Sicht. Naturschutz und Landschaftsplanung (1991) 2, S. 50–62; Succow, M.: Grundkonzeption der Flächensicherung der ehemaligen DDR. Das Nationalparkprogramm im Osten Deutschlands. In: Deutscher Rat für Landespflege (Hrsg.): Naturschutz und Landschaftspflege in den neuen Bundesländern. – Bonn 1991. = Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege 59
- (13)
Ein Beispiel dafür, wie problematisch Prognosen im Prozeß der Wiedervereinigung sind, ist die Fehleinschätzung des Wertes der ostdeutschen Wirtschaft. So ging die Treuhandanstalt noch im Herbst 1990 davon aus, daß der Verkaufswert ihrer Unternehmen 600 Mrd. DM betragen würde, während sich heute im Herbst 1992 herausgestellt hat, daß die Treuhandanstalt ihre Arbeit 1994 mit einem Defizit von 250 Mrd. DM abschließen wird.

- (14)
Wahse, J.; Dahms, V.; Fitzner, S.; Mittelbach, H.; Schäfer, R.: Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen. – Nürnberg 1992. = Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 160
- (15)
Görmar, W.; Möller, F.-O.; Maciuga, T.: Regionalbarometer "Neue Länder". Zielsetzung und Aufgabenstellung. In: BfLR-Mitteilungen (1991) 6, S. 1–3
- (16)
Ökoregio – Verein für ökologische Wirtschafts- und Regionalentwicklung e.V., Bochum: Alternativen für den ökonomischen Aufbau und Ecksteine für den ökologischen Umbau in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Bundesvorstand der Grünen, Projektleitung: Strathmann-Mertens, E. und Roske, N. – Bochum 1992, S. 95
- (17)
Vgl. z.B. statt vieler Mayer, H.: Verunsichert, lahmgelegt, abgewickelt. In: DIE ZEIT vom 23.10.1992, S. 28; Lüdigk, R.: Strukturprobleme der Chemischen Industrie im Mitteldeutschen Chemiesdreieck. Vortrag während der DVAG-Jahrestagung in Leipzig 1992 am 26.9.1992 (Vortragsmanuskript); Aring, J. und Heising P.: Modernisierungsrisiken in den neuen Ländern. In: Standort, Zeitschrift für angewandte Geographie 1992 (im Druck)
- (18)
Ökoregio – Verein für ökologische Wirtschafts- und Regionalentwicklung e.V., Bochum: Alternativen . . . , a.a.O. (Anm. 16)
- (19)
Wahse, J. u.a.: Beschäftigungsperspektiven . . . , a.a.O. (Anm. 14)
- (20)
Irmen, E.; Sinz, M.: Regionale Entwicklungspotentiale und -engpässe in den neuen Ländern. In: Neuorientierung der Raumordnungspolitik. Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung, Informationen zur Raumentwicklung (1991) 11/12, S. 755–771
- (21)
Vgl. Piel, E.: Neues Umweltbewußtsein im Osten. In: Natur (1991) 8, S. 12–14
- (22)
Vgl. Ipsen, D.: Neue urbane Zonen – Raumentwicklung und Raumbilder. In: Stadtbauwelt (1986) 91, S. 1343–1347; Curdes, G.: Regionale Umstrukturierung durch weiche Standortfaktoren. In: Raumforschung und Raumordnung (1989) 4, S. 230–244; Grünwald, R.: Kultur, Symbole, Tradition. Welche Rolle spielen weiche Standortfaktoren? In: Forum Loccum (1992) 2, S. 19–22; skeptisch gegenüber dem Einfluß von weichen Standortfaktoren aufgrund einer Unternehmensbefragung: Steinröx, M.: Veränderte Rahmenbedingungen für die Unternehmensansiedlung – Neue Herausforderung für die Wirtschaftsförderung. In: Stadt und Gemeinde (1992) 9, S. 315–320
- (23)
Bundesumweltministerium: Umweltschutz . . . , a.a.O., S. 20 (Anm. 1)
- (24)
Vgl. Deutscher Bundestag – Drucksache 12/1613 vom 18.11.1991: Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Einschätzung wird auch nach Einführung des sog. "Hemmnisbe-seitigungsgesetz" geäußert: Rauls, W.: Ökologische Altlasten – Hemmnis für Investitionen. In: Umweltmagazin (1992) 10, S. 24–26. Bereits früh: Meyerhoff, J.; Petschow, U.; Borner, J.; Welskop, F.; Wohanka, S.: Altlasten als Investitionshemmnis in den neuen Bundesländern? Gutachten des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. – Berlin 1990, S. 16
- (25)
Aussagen von Bonnenberg, Leiter des Direktorats Altlasten/Umweltschutz in der Treuhandanstalt, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.7.1992
- (26)
Vgl. Conrad, P.-U.; Wolf, K.: Freistellung von der Altlastenhaf-tung. Leitfaden für Investoren, Unternehmen und Verwaltung in den neuen Bundesländern. – Bonn 1991. = Unternehmenspraxis Umweltschutz, Bd. 2; Eisoldt, F.: Die Altlastenproblematik in den neuen Bundesländern. In: Brandt, E. (Hrsg.): Altlasten. Bewertung – Sanierung – Finanzierung. – Taunusstein 1992 (3. Auflage), S. 247–267
- (27)
Bamberg: Zur Situation der Altlastenerfassung und -behandlung in den neuen Bundesländern. Vortrag während des BMFT-Status-Seminars 92 "Altlastensanierung in den neuen Bundesländern" am 21.10.1992 in Freiberg: Danach sind allein im Bundesland Sachsen 22 000 Freistellungsanträge gestellt und zu bearbeiten.
- (28)
Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.10.1992
- (29)
Aussage von Bonnenberg, H. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.5.1992
- (30)
Bonnenberg, H.: Schwerpunkt für die Altlastensanierung aus Sicht der Treuhandanstalt. Vortrag während des BMFT-Status-Seminars 92: Altlastensanierung in den neuen Bundesländern am 21.10.1992 in Freiberg
- (31)
Vgl. die Ankündigung des Abfallabgabengesetzes in: Gesamtkonzept der Abfallpolitik in der 12. Legislaturperiode. In: Umwelt (1991) 6, S. 264–266; van Mark, M.: Prognose des Mittelaufkom-mens aus dem geplanten Bundesabfallabgabengesetz. In: Müll und Abfall (1991) 12, S. 814–820
- (32)
Vgl. in Ansätzen: Wolf, R.: Urbanität als politische Option. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft (1990) 4, S. 551–578 (darin S. 573 f.)
- (33)
Vgl. Deutscher Bundestag – Drucksache 12/2404 vom 30.3.1992: Bau einer Werftanlage auf Rügen. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage; Spar, J.: Pro und Contra zur Meyer-Werft. Harte Kontroverse zwischen Wirtschaft und Umwelt auf Rügen. In: Marktwirtschaft (1992) 1, S. 15–17
- (34)
Vgl. DIE ZEIT vom 15.11.1991
- (35)
Vgl. Tourismusinformation (1991) 19, S. 1 ff.
- (36)
Vgl. Aussage des Naturschutzbeauftragten im Regierungsbezirk Dresden, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.4.1992
- (37)
Vgl. Bundesumweltministerium: Umweltschutz . . . , a.a.O. (Anm. 1)

- (38)
Vgl. auch: Schadstoffe in der Elbe. In: Umwelt (1991) 6, S. 261–264
- (39)
Vgl. Umweltbundesamt: Daten . . . , a.a.O., S. 185 (Anm. 1)
- (40)
Vgl. Gelbrich, H., Wiegandt, C.-C.: Stadtökologie in Ostdeutschland. In: Standort, Zeitschrift für Angewandte Geographie (1991) 4, S. 3–9
- (41)
Vgl. Rach, D.: Die Flächenerhebung 1989 – Ein statistischer Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Zukunft in der räumlichen Planung. In: Informationen zur Raumentwicklung (1990) 12, S. 649–661
- (42)
Städtebauliche Entwicklung großer Neubaugebiete in den fünf neuen Bundesländern und Berlin-Ost. In: EXWOST-Informationen, Forschungsfeld Entwicklung großer Neubaugebiete (1991) 1, S. 3 f.
- (43)
Vgl. z.B. Wirth, P.: Flächenbedarf und ökologische Risiken. Aktuelle Planungen im Umland von Dresden und Leipzig. In: Standort, Zeitschrift für Angewandte Geographie (1992) 3, S. 5–11
- (44)
Vgl. Baumheier, R.; Wagner, J.: Raumordnung in Deutschland. Bestandsaufnahme, Aufgaben, Entwicklungstendenzen. In: Verwaltungssachverhalt (1992) 1, S. 97–118. Die konstituierenden Sitzungen der Regionalplanungsverbände in Sachsen fanden beispielsweise erst im September 1992 zu einer Zeit statt, als die ersten groß dimensionierten Einkaufszentren im Umland von Leipzig bereits gebaut waren.
- (45)
Vgl. z.B. Hoppe, W.; Stüer, B.: Die kommunale Gebietsreform in den östlichen Bundesländern. In: Deutsches Verwaltungsblatt (1992) 10, S. 641–652
- (46)
Vgl. Sparschuh, R.; Vogels, P.: Einkauf in der Stadt oder auf der grünen Wiese? In: Leipziger Wirtschaft, Zeitschrift der IHK Leipzig (1991) 5, S. 34–39 (hier: S. 34)
- (47)
Vgl. Greiner, H.: Einzelhandelsgroßprojekte – Zentrenstruktur – Stadtentwicklung. In: Stadt und Gemeinde (1992) 1, S. 22–28. Der bereits 1992 fertiggestellte Saale-Park im Städtedreieck Leipzig, Halle und Merseburg umfaßt beispielsweise 85 000 m² Verkaufsfläche und ist damit das größte Einkaufszentrum Deutschlands. Das 600-Mio.-DM-Projekt auf einem Grundstück von 400 000 Quadratmetern verfügt über 6 500 Parkplätze. Geplant ist ein Jahresumsatz von 800 Mio. DM; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29.11.1991
- (48)
Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17.2.1992
- (49)
Vgl. Christ, P.: Konzept ohne Risiko. In: DIE ZEIT v. 19.10.1990
- (50)
Vgl. auch die weiteren Informationen zur Wohnungssituation bei: Gerlach, H.; Malik, R.; Osenberg, H.; Schwandt, A.: Erste Regionalinformationen zur Wohnungsversorgung im Vereinten Deutschland. In: Regionale Disparitäten in der Wohnungsversorgung, Informationen zur Raumentwicklung (1991) 5/6, S. 253–276
- (51)
Vgl. z.B. Heuer, H.: Lokale Investitionshemmnisse in der ehemaligen DDR. In: Stadtbauwelt (1990) 108, S. 2417–2419 (vor allem Seite 2418)
- (52)
Vgl. Gaulke, K.-P. und Heuer, H.: Unternehmerische Standortwahl und Investitionshemmnisse in den neuen Bundesländern. Fallbeispiele aus sechs Städten. – Berlin 1992. = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturpolitik, Heft 125
- (53)
Vgl. Winkler, B.: Stellenwert ökologischer Belange in den Aufgabenfeldern des Städtebaus in den neuen Bundesländern – Versuch einer ersten Einschätzung. In: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Grünbuch Stadtökologie. Beiträge zu Problemen und Ansätzen in den neuen Ländern. Projektträgerschaft: Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik. – Berlin 1991, S. 1–43
- (54)
Vgl. diese Zahlen in der viel beachteten, grundsätzlich ausgerichteten Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf am 18.3.1992 in Berlin vor dem "Forum für Deutschland", abgedruckt in: Frankfurter Rundschau vom 27.3.1992.
- (55)
Vgl. Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete. Memorandum zu Inhalt und Organisation. Düsseldorf 1988. Ganser, K.; Kupchevsky, T.: Arbeiten im Park. In: Stadtbauwelt (1991) 110, S. 1218–1229. Zur Einordnung der internationalen Bauausstellung in regionalwissenschaftliche Zusammenhänge vor allem: Danielzyk, R.: Gibt es im Ruhrgebiet eine "postfordistische Regionalpolitik"? In: Geographische Zeitschrift (1992) 80, S. 84–105 (vor allem die Seiten 90–95); Häußermann, H.: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen. In: ders. (Hrsg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen. – Basel 1992, S. 10–34 (vor allem die Seiten 29 ff.) = Stadtforschung aktuell, Bd. 36.

Dr. Claus-C. Wiegandt
Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung
Am Michaelshof 8
5300 Bonn 2